

In der Howoge-Affäre wächst der Druck auf Junge-Reyer

23. Oktober 2010 03:05 - Von Christina Brüning, Berliner Morgenpost

Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) gerät wegen der Howoge-Affäre immer mehr unter Druck. Die FDP-Fraktion hat jetzt für die kommende Sitzung des Hauptausschusses im Abgeordnetenhaus einen Besprechungspunkt zu der Affäre beantragt.

Der Ausschuss soll klären, was Junge-Reyer sowie der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) und Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos) über die Vergaberechtsverstöße des landeseigenen Wohnungsbauunternehmens gewusst haben. Bislang hatte der Senat stets bestritten, die Auftragsvergaben unter Umgehung der Haushaltsordnung gekannt zu haben. Der damalige Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) hat jedoch in einem Brief vom 22. September dieses Jahres an einen der beiden ehemaligen Howoge-Geschäftsführer eingeräumt, von der Vergabepaxis nicht nur gewusst, sondern sie ausdrücklich gebilligt zu haben. Wowereit sagt nun, Sarrazin habe sein Wissen damals nicht an ihn weitergegeben, Nußbaum war zum fraglichen Zeitpunkt noch nicht Senatsmitglied - aber Junge-Reyer war bei dem Gespräch im Jahr 2006 sogar dabei, auf das Sarrazin sich in seinem Brief bezieht. Sie hält jedoch daran fest, von den Verstößen nichts gewusst zu haben. Junge-Reyer sei mit ihren Erklärungen unglaubwürdig, sagt der Haushaltsexperte der Grünen-Fraktion, Jochen Esser. Es sei mittlerweile klar, dass der Senatorin in Vorbereitung auf besagten Gesprächstermin mit der Howoge-Geschäftsführung ein Schreiben übermittelt wurde, das die Verfahrensweise zur Instandhaltung und Modernisierung des Wohnungsbestands der Gesellschaft beschrieben und an drei Beispielen erläutert habe. "Will Junge-Reyer weiterhin den Eindruck erwecken, die Verfahrensweise der Howoge gar nicht erst verstanden zu haben, aber trotzdem als Senatorin eine Verwaltung zu leiten", fragt Esser. Das widerspreche jeder Lebenserfahrung einer langjährigen Senatorin mit Verwaltungspraxis, solche Vorgänge nicht durchschauen zu können, sagt er. "Nach der Lektüre der Unterlagen musste Senatorin Junge-Reyer ebenso klar gewesen sein wie dem damaligen Finanzsenator Sarrazin, dass das Instandhaltungskonzept der Howoge nicht auf der Ausschreibung von Planungsleistungen beruhte, sondern auf der Zusammenarbeit mit ausgewählten Planungsbüros."

Die Oppositionsparteien wollen nun eine vollständige Aufklärung der Angelegenheit im Parlament vorantreiben. Die CDU-Fraktion kann sich sogar vorstellen, einen eigenen Untersuchungsausschuss in der Sache einzurichten. Die FDP möchte zunächst im Haushaltsausschuss Klarheit in die Howoge-Affäre bringen. Junge-Reyer, Nußbaum und Wowerit sowie die entsprechenden Senatsverwaltungen sollen aufklären, wer an dem fraglichen Gesprächstermin mit der Howoge teilgenommen hat, ob ein Schriftverkehr über das Treffen existiert und ob die Ausführungen Sarrazins zum Inhalt des Gesprächs protokolliert worden sind. Außerdem soll vor dem Parlamentsausschuss Auskunft über den aktuellen Sachstand des Gerichtsverfahrens der ehemaligen Howoge-Geschäftsführer gegen das Land Berlin gegeben werden.

Der Steuerzahlerbund Berlin fordert nach den neuen Enthüllungen eine gründliche Aufklärung der Vergabep Praxis in landeseigenen Unternehmen. Schaffe der Senat keine Transparenz, müsse das Abgeordnetenhaus einen Untersuchungsausschuss einsetzen, sagt der Vorsitzende Alexander Kraus. Er äußert die Befürchtung, dass auch andere Landesunternehmen SPD-Mitglieder bevorzugen, wenn sie Aufträge vergeben.

In Sarrazins Brief, der jetzt überraschend von der Fachzeitschrift "Das Grundeigentum" veröffentlicht wurde, geht es um ein Gespräch im Juni 2006, bei dem laut Sarrazin erkennbar gewesen ist, dass die Howoge gegen Vergaberecht verstößt. Wie im Frühjahr bekannt wurde, missachtete die Howoge das Vergaberecht bei insgesamt zwölf Bauvorhaben.